

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.73.RFA-RDA réun. - AJ/HIC

Bern, 3. September 1990

p.B.58.04.3

Besuch des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière,
am 10. September 1990, in Bern

Vereinigung der beiden deutschen StaatenZeitplan

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 perfekt. Die DDR hat den Beitritt der neu geschaffenen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Bundesrepublik Deutschland per 3. Oktober 1990 erklärt. Trotz aller Schwierigkeiten ist am 30. August der Einigungsvertrag, d.h. der Vertrag über die Beitrittsbedingungen zustande gekommen, der aller Voraussicht nach auch die parlamentarischen Hürden in der Bundesrepublik und in der DDR nehmen wird.

Am 12. September werden in Moskau die 2+4 Gespräche abgeschlossen. Am 1./2. Oktober werden die KSZE-Aussenminister in New York über die deutsche Vereinigung beraten und ein Tag später tritt die Vereinigung in Kraft.

Am 14. Oktober finden in den neuen Bundesländern Landtagswahlen statt, am 19. November der KSZE-Gipfel, der die deutsche Vereinigung absegnen wird, und am 2. Dezember die ersten gesamtdeutschen Wahlen.

Bedeutung der Vereinigung für Deutschland

Die Bundesrepublik hat mit der Vereinigung vom 3. Oktober 1990 ihre aussen- und deutschlandpolitischen Hauptziele erreicht. Erstens erlangte sie die Einheit Deutschlands in Freiheit gemäss Präambel

- 2 -

des Grundgesetzes. Zweitens erreichte sie zusammen mit der DDR in den 2+4 Gesprächen die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands. Und drittens erfolgte all dies in Uebereinstimmung mit der deutschen Europapolitik, die darauf abzielt, Deutschland in ein vereintes Europa zu integrieren. Es ist kein Bruch mit der bisherigen Europapolitik der Bundesrepublik zu erkennen.

Die Vereinigung wird innenpolitisch, wirtschaftlich und auf sozialem Gebiet viele Probleme aufwerfen. Soziale Spannungen und wirtschaftliche Probleme werden nicht ausbleiben. Das Gefälle zwischen der Bundesrepublik und dem Gebiet der ehemaligen DDR ist zu gross, als dass die Schwierigkeiten über Nacht bewältigt werden könnten.

Auswirkungen auf die übrigen EG-Staaten sind zu erwarten. Die Disponibilität der Deutschen im Europa der EG wird aufgrund ihrer Inanspruchnahme durch innerdeutsche Probleme reduziert werden, wobei dies allerdings an der grundlegenden Ausrichtung der Politik unseres Erachtens nichts ändern wird.

Bedeutung für Europa und die Welt

Deutschland ist nach 45 Jahren als gleichberechtigtes Mitglied in die Völkergemeinschaft zurückgekehrt. Erstmals in der Geschichte haben wir es mit einem demokratischen Deutschland zu tun, das über eine im demokratischen parlamentarischen Spiel erprobte Verfassung verfügt.

Es gibt genügend Anlass, der zur Annahme berechtigt, dass dieses neue Deutschland eine Politik der Mässigung und Verantwortung führen wird. Trotz der grossen wirtschaftlichen Bedeutung wird Deutschland keine Grossmacht sein, sondern Mittelmacht bleiben. Es verpflichtet sich, weiterhin auf ABC-Waffen zu verzichten und die Streitkräfte auf 370'000 Mann zu beschränken (Bundesrepublik hatte bisher allein 495'000 Mann).

Wenn die bisherige Politik weiterverfolgt wird, können wir damit rechnen, dass Deutschland auch künftig an der Ueberwindung des

Nationalstaates arbeiten wird und dass die Preisgabe nationaler Souveränität an supranationale Institutionen (sprich EG) fortschreitet. Dies will nicht heissen, dass Deutschland nicht mit neuem Selbstbewusstsein und entsprechendem Ton, seine Interessen mit Nachdruck wahrnehmen wird. Im sicherheitspolitischen Bereich bleibt Deutschland in der NATO eingebunden und wird sich im übrigen für den Ausbau der gemeinsamen Sicherheit in Europa (WEU und KSZE) und in der Welt (kollektives Sicherheitssystem der UNO) einsetzen.

Deutsche Soldaten werden kaum als nationale Soldaten globale Verantwortung in irgendeinem Krisengebiet übernehmen, aber denkbar ist, dass sie im Rahmen der UNO, der EG oder im Rahmen der NATO - also multilateral eingebunden - vermehrt in neuen Gebieten und Aufgaben aktiv sein werden.

Bedeutung für die Schweiz

Wir haben erstmals an unserer nördlichen Grenze ein Gesamtdeutschland, das den gleichen demokratischen liberalen Werten verpflichtet ist wie unser Land. Andererseits ist es ein Deutschland, das europaweit Verantwortungen hat und Politiken verfolgt, die ihm nicht ohne weiteres erlauben, auf unsere partikularen Interessen im gleichen Masse einzutreten, wie dies in den letzten Jahrzehnten für die Bundesrepublik der Fall war.

Wir haben also einerseits eine neue Chance, einen potenten und in der Grundphilosophie uns verbundenen Nachbarn zu haben. Andererseits führt dieser Nachbar eine übergeordnete Aussenpolitik, die seinen Spielraum zur speziellen Gestaltung der deutsch-schweizerischen Beziehungen eher etwas einschränkt. Die deutsche Politik gegenüber der Schweiz wird noch vermehrt durch in der EG und anderen Institutionen eingenommene Positionen vorbestimmt sein.